№ 200 Morgen-Ausgabe — Berlin — Sonnabend, 20. April 1918

Vossische Zeitung

Begründet 1704

Königlich privilegirte Berlinische Zeitung von Staats- und gelehrten Sachen

Die „Vossische Zeitung" erscheint täglich zweimal (morgens und abends), an Sonn- und Festtagen nur einmal. Jeden Sonntag die illustrierte Beilage „Zeitbilder". Sonstige Beilagen und Rubriken: Finanz- und Handelsblatt, Grundstücks-, Hypotheken- und Geldverkehr. Für Reise und Wanderung, Literarische Umschau, Wissenschaftliche Sonntags-Beilage, Allgemeine Verlosungs-Tabelle.

Bezug: In Groß-Berlin monatlich 3 Mark bei tägl. zweimaliger Zustellung. Durch die Post monatlich 2.80 M. oder vierteljährlich 8.40 M. ohne Bestellgebühr. Anzeigen: 80 Pf. die Zeile, Teuerungszuschlag 30 %, Stellengesuche 60 Pf. Keine Verbindlichkeit für Aufnahme in eine bestimmte Nummer. Annahme im Ullsteinhaus, Berlin SW 68, Kochstr. 22-26, und in allen Geschäftsstellen des Verlages.

Im Verlage von Ullstein & Co. Verantwortl. für die Redaktion (m. Ausnahme d. Handelsteile): i. V. J. Elbau in Bln.-Tempelhof. — Schriftleitung: Berlin SW 68, Kochstraße 22-26 — Fernsprech-Zentrale: Ullstein & Co. Moritzplatz 11 800, 11 801, 11 802 bis 11 850, sowie 15 280, 15 281, 15 282 bis 15 291.

Der deutsche Abendbericht.

Amtliche Meldung.

Berlin, 19. April, abends.

Von den Schlachtfronten nichts Neues. Nordwestlich von Moreuil hat der Franzose nach den Mißerfolgen des gestrigen Tages seine Angriffe nicht erneuert.

*

An der flandrischen Front verstärkte sich der feindliche Widerstand von Stunde zu Stunde. In dem sich immer mehr verengenden Ypernbogen gewann der deutsche Angriff gegenüber Engländern und Belgiern Raum. Hinter dem Steenbach leisteten die vereinigten anglo-belgischen Truppen starken Widerstand. Nachdem Haigs Armee den blutig erkämpften Geländegewinn der Flandernschlacht größtenteils hat wieder aufgeben müssen, erfordert es nicht nur die strategische Lage, sondern auch der Rest militärischen Ansehens, der England dank der Aufopferung und Tapferkeit seiner Soldaten noch geblieben ist, wenigstens den Besitz von Ypern zu sichern. Diese Ansicht wird durch Gefangene bestätigt. — Bei Wytschaete versuchte der Engländer mit Hilfe französischer Divisionen, den verlorenen Höhenrücken wiederzuerobern. Den am Vormittag des 18. geplanten Sturm vereitelte das deutsche Vernichtungsfeuer. Eine zum Angriff bereitgestellte englische Kompagnie wurde durch den kühnen Vorstoß unter Führung eines in vorderer Linie erkundenden Generalstabsoffiziers zersprengt. Die schwache deutsche Erkundungsabteilung, die nur aus 8 Offizieren und einigen Begleitmannschaften bestand, nahm 46 Mann gefangen und verjagte den Rest. Um Mittag versuchte der Gegner einen neuen Angriff, der im deutschen Feuer völlig zusammenbrach. Auch von der frisch eingetroffenen 28. französischen Division machten wir einige Gefangene. Aus den Kämpfen um Wytschaete wird nachträglich noch die Erbeutung mehrerer schwerer Geschütze gemeldet, darunter ein 40,5-cm- und zwei 38-cm-Mörser.

Die Beschießung von Amiens.

Bern, 19. April.

Die Berichterstatter von der französischen Front melden, daß die deutsche Artillerie, welche bisher nur die Eisenbahnlinie in der Nähe von Amiens beschoß, nunmehr auch die Fabrikvororte von Amiens beschieße. Zahlreiche Arbeiter seien getötet oder verwundet worden.

Lebhafter Feuerkampf zwischen Etsch und Piave.

Der Wiener Bericht.

Wien, 19. April.

Amtlich wird verlautbart: Zwischen Etsch und Piave ist die Kampftätigkeit andauernd lebhaft. Auf der Hochfläche der Sieben Gemeinden wurden mehrere italienische Vorstöße abgeschlagen.

Der Chef des Generalstabes.

Amerika fürchtet sich vor einem deutschen Luftangriff.

Drahtmeldung der „Vossischen Zeitung".

hd Genf, 19. April.

So merkwürdig es klingt: die New Yorker fürchten sich vor einem deutschen Luftangriff. Nach einer amerikanischen Depesche französischer Blätter läßt das Kriegsministerium bereits die ganze Küste der Vereinigten Staaten durch Wasserflugzeuge überwachen. Oberst Havers erklärte in einem öffentlichen Vortrag, ein Luftangriff auf New York könne nicht nur möglich, sondern wahrscheinlich sein. In den deutschen Werften seien zu diesem Zweck besondere U-Bootstypen im Bau, die über den Atlantischen Ozean demontierbare Flugzeuge bringen könnten, von denen jedes 100 Kilogramm Explosivstoffe über den Dächern New Yorks abwerfen würde. Die deutschen Flieger könnten sogar noch 450 Kilometer weit ins Land eindringen.

Kriegsbeute und Rohstoffbedarf.

Der Abg. Mumm hat jüngst im Reichstag die Anfrage eingebracht, ob angesichts der riesigen Beute der Mittelmächte eine Aufhebung der Verordnung über die Beschlagnahme von Kupfer möglich sei. Als Antwort kann gewissermaßen eine Mitteilung des Wolffschen Büros gelten, in der es heißt: „Alle erbeuteten Materialmengen, insbesondere Gummi und Kupfer, sind in bereits verarbeitetem Zustande in die Hände der kämpfenden Truppen gefallen und von ihnen zum großen Teil in den jeweiligen Kämpfen gegen den Feind sofort wieder eingesetzt worden. Infolgedessen kann die gesamte gemachte Materialbeute, so wertvoll sie auch ist, niemals als neues Aktivum in die Rohstoff- und Geldwirtschaft der Heimat eingestellt werden. Sie kann die Heimat von der Bereitstellung der nötigen Rohstoffe und neue Geldmittel für die kommende Kriegführung nicht befreien. Besonders sind die Verordnungen über Beschlagnahme von Rohstoffen in der Heimat durch die gemachte Beute keineswegs überflüssig geworden. Wohl aber bleibt die Tatsache bestehen, daß die gemachte Beute die Kampfkraft unserer Truppen sehr erheblich gesteigert hat."

Kühlmann und die Parteiführer.

Eine leichte Erkältung.

Der Staatssekretär des Auswärtigen Amtes, Dr. v. Kühlmann, hat sich, wie das Wolffsche Büro meldet, auf der Rückreise vom Großen Hauptquartier eine Halsentzündung zugezogen, die ihn genötigt hat, die für heute anberaumte Besprechung mit den Fraktionsführern zu verschieben und auf ärztlichen Rat für einige Tage das Zimmer zu hüten.

*

Schon seit einigen Tagen haben sich die Gerüchte, daß wir vor einer Krise im Auswärtigen Amt stehen, soweit verdichtet, daß bereits Namen von Nachfolgern des Staatssekretärs v. Kühlmann genannt werden. Inwieweit diese Gerüchte einen wirklichen Hintergrund haben, ob sie etwa auf die Unpäßlichkeit des Staatssekretärs zurückzuführen sind, oder ob sie den Tatsachen vorauseilen, möchten wir im Augenblick unentschieden lassen. Aber mit allem Nachdruck müssen wir es verurteilen, daß in einigen Zeitungen das alte Spiel wieder aufgenommen wird, alle etwa für den Ersatz in Betracht kommenden Männer nicht nach ihrer sachlichen Eignung zu bewerten, sondern ihr Vorleben daraufhin zu untersuchen, ob sie irgend einer politischen Parteigruppe in Deutschland einzureihen sind. Unseres Erachtens kommt es in diesem ernsten Augenblick, falls überhaupt jetzt bereits ein Nachfolger für Herrn v. Kühlmann gesucht werden muß, lediglich darauf an, ob man von den diplomatischen Fähigkeiten des Nachfolgers gutes für den Friedensschluß und damit für Deutschlands Zukunft erwarten kann.

Die Ankunft Joffes in Berlin.

Die Wiederaufnahme der diplomatischen Beziehungen.

Der Gesandte der russischen Sowjetregierung, Herr Joffe, ist gestern abend mit dem Gesandtschaftspersonal auf dem Bahnhof Friedrichstraße kurz vor 9 Uhr eingetroffen und hat sich ins Elite-Hotel begeben, wo die Gesandtschaft vorläufig ihre Geschäfte aufnimmt. Bekanntlich ist der russische Gesandte augenblicklich noch ohne Amtsgebäude, da sich die spanische Regierung bisher weigerte, die Schlüssel zur Berliner russischen Botschaft herauszugeben. Das Palais ist nicht Eigentum der russischen Regierung, sondern es gehört dem Exzaren Nikolaus II.

Die Herren sind am Mittwoch abend von Moskau abgefahren. Sie begaben sich zunächst nach Petersburg, wo sie mittels Sonderzuges bis zur Station Molodetschno fuhren. Von Molodetschno aus wurden ihnen zwei Wagen erster Klasse von der deutschen Regierung zur Verfügung gestellt, die dem Berliner D-Zug angehängt wurden. Die Fahrt war, wie die Herren mir versicherten, besonders auf russischem Boden noch recht beschwerlich.

Das gesamte Gesandtschaftspersonal setzt sich aus 29 Personen, darunter 3 Damen, zusammen. Der erste Sekretär Herrn Joffes ist Herr Sagorski. Er war während der Kriegsjahre Zivilgefangener in Deutschland. Die deutsche Regierung hat bereits seine Zulassung bestätigt. Zweiter Sekretär ist Herr Jakubowitsch, der bisher dem Volkssekretariat der Finanzen angehörte. Als dritter Sekretär wirkt Herr Lorenz. Während der Brest-Litowsker Verhandlungen war er Protokollführer. Herr Semkow, der gleichfalls zum Botschaftspersonal zählt und die Stellung eines Attachés bekleidet, beschäftigte sich während des Krieges vornehmlich mit Kriegsgefangenenfragen. Er war Dezernent des militärischen Volkskommissariats.

Herr Joffe ist ein Mann in den vierziger Jahren. Von Beruf ist er Jurist. Bekannt wurde er durch die Brest-Litowsker Verhandlungen. Nach dem Abschluß des Friedens in Brest begab er sich zunächst wieder nach Petersburg, wo er als Außenminister tätig war. Unter dem zaristischen Regime, noch vor dem Kriege, hat auch er, wie so viele russische Politiker, die Bekanntschaft mit den sibirischen Gefängnissen gemacht. Er war nämlich Ende 1905 an der Odessaer Matrosenverschwörung an Bord des russischen Kriegsschiffes „Potemkin" beteiligt. Die Meuterer flohen damals in überwiegender Zahl nach Rumänien.

Auch das russische Berliner Generalkonsulat nimmt in nächster Zeit die Geschäfte auf. Generalkonsul wird Herr Menschinski, der bisher Volkskommissar der Finanzen war. Als erster Sekretär sind ihm Herr Landau, als zweiter Herr Miller zugeteilt.

Kurländische Nöte.

Von reichsdeutscher Seite gehen uns folgende bemerkenswerte Ausführungen zu:

Nachdem die Beschlüsse der vorläufigen kurländischen Landesvertretung eine wohlwollende Aufnahme in Berlin gefunden haben, ist, sobald die Bestätigung jener Beschlüsse durch eine auf breiterer Grundlage gewählten Vertretung erfolgt ist, mit einer baldigen staatlichen Regelung der kurländischen Verhältnisse zu rechnen, die einerseits die Selbständigkeit des Landes, anderseits eine gewisse, große Gebiete des staatlichen Lebens umfassende Gemeinsamkeit mit Deutschland vorsieht. Daß der Anschluß an Deutschland auch von der Masse der Bevölkerung gutgeheißen wird, unterliegt wohl trotz der an manchen Stellen zutage getretenen deutschfeindlichen Gesinnung der Letten keinem Zweifel. Der Lette ist zu praktisch veranlagt, zu starker Utilitarier, als daß er nicht seine persönlichen Neigungen und Sympathien dem Gebot des wirtschaftlichen Vorteils unterordnen würde. Und weil der Lette davon überzeugt ist, daß eine nahe Verbindung mit dem Deutschen Reich ihm nicht nur für die Zukunft diese Vorteile bringen, sondern daß er auch schon gegenwärtig eine Erleichterung und Besserung seiner jetzigen gedrückten materiellen Lage erfahren wird, wird er nach der Ansicht der Verfechter der deutsch-baltischen Verbindung zwar ohne große Begeisterung, aber doch willig und ohne politische reservatio mentalis die westliche Orientierung mitmachen. Und in ähnlichen Gedankengängen wie die der lettischen Bauern bewegen sich zahlreiche Kreise des kurländischen Bürgertums, das ja bekanntlich keineswegs rein deutschen Geblüts ist. Auch hier ist vor allen Dingen die Hoffnung lebendig, so rasch wie irgendmöglich wieder wirtschaftlich tätig sein zu können.

Aus diesen Tatsachen heraus ergeben sich nun für die Reichsleitung Richtlinien, die zu befolgen ihr eigenstes Interesse gebietet.

Bis jetzt war Kurland teils Operations- teils Etappengebiet, und naturgemäß hatte die Militärverwaltung überall die entscheidende Stimme. Nunmehr da der Friede im Osten hergestellt, die Front, soweit sie bis zum endgültigen Frieden noch aufrecht erhalten werden muß, um Hunderte von Kilometer von Kurlands Grenzen weggerückt ist, können unbedenklich die Zügel gelockert und die Militärverwaltung durch eine Zivilverwaltung abgelöst werden. Unbeschadet der noch vorhandenen militärischen Interessen wäre selbstverständlich neben der lediglich militärische Aufgaben erfüllenden Etappenverwaltung eine Zivilverwaltung einzurichten, der zur Wahrung der militärischen Interessen eine Vertretung des Oberbefehlshabers Ost beizugeben wäre. Erste und wichtigste Aufgabe dieser Verwaltung müßte sein, alle Verordnungen und Verfügungen, die wie ein Platzregen auf die Bevölkerung heruntergegangen sind und vielfach den Ursprung vom grünen Tisch nicht verleugnen können, daraufhin zu prüfen, ob sie unter den glücklicherweise jetzt veränderten Umständen noch aufrecht zu erhalten sind. Vor allen Dingen ist es der lebhafteste Wunsch der Bevölkerung, der überaus lästigen Fesseln, der Reiseverkehrsordnung entledigt zu werden, denn man sagt sich mit Recht, daß eine wirtschaftliche Betätigung ohne freie Bewegung ein Unding ist. Daß die Reiseverkehrsordnung, die nach ihrer Tendenz eine Reiseverhinderungsordnung war, während des Krieges mit Rußland nicht ohne Berechtigung gewesen ist, soll nicht verbannt werden. Sie bezweckte zuerst eine Erschwerung und möglichste Unschädlichmachung der Spionage und sollte ferner die verhältnismäßig geringen Betriebsmittel der Bahnen vorzugsweise den militärischen Bedürfnissen vorbehalten. Da aber umfangreiche Transporte und Truppenverschiebungen jetzt unnötig geworden, da ferner in Kurland kaum noch lohnende Objekte für Spionage vorhanden sind, jedenfalls die derzeitigen anderen Abwehrmittel durchaus genügen dürften, ist ein Grund, die drückende Maßnahme noch weiter aufrecht zu erhalten, nicht mehr vorhanden. Zurzeit muß aber jede größere Reise noch von „Oberost" genehmigt werden und der, der das nicht jedem beschiedene Glück hat, die Genehmigung zu erhalten, tut gut, letztere drei bis vier Monate vor Antritt der Reise nachzusuchen, da die Prüfung der Notwendigkeit der Reise und die Erledigung der Formalien auch bei promptem Geschäftsgang diese Zeitspanne in Anspruch nimmt. Kommt noch hinzu, daß die Genehmigung mit hohen Abgaben belegt ist, so kann man sich leicht ein Bild machen von der Sehnsucht der Kurländer, diese sie zur Bewegungslosigkeit verdammende Ordnung möglichst umgehend in der Versenkung verschwinden zu sehen.

Mit der Freiheit der Bewegung wäre der erste Schritt zur Wiederweckung des wirtschaftlichen Lebens in Stadt und Land getan, aber auch nur der erste Schritt, da Handel und Wandel während der Besetzungszeit gewissermaßen unter Vormundschaft gestanden haben, die eine freie Betätigung unmöglich machte. Alle Warenbestellungen müssen an die Rohstoff- und Handelsabteilung in Mitau gerichtet werden, die sie zwar meistens weiter gibt, ihre Vermittlung sich aber mit einem durchschnittlichen Aufschlag von 10 v. H. des Werts der bestellten Ware bezahlen läßt. Ganz abgesehen von dem Zeitverlust, den der Umweg über Mitau zur Folge hat, sind die Verteuerung so wie die Notwendigkeit der Barbezahlung geradezu Totengräber jeden legitimen Handels, und ist daher kein Wunder, wenn der Schmuggel goldene Früchte trägt. Auch hier sind die Gründe, die zur Bevormundung des Handels geführt haben, zum Teil nicht mehr vorhanden, insbesondere dürfte der fiskalische Gesichtspunkt, durch den Zuschlag von 10 v. H. eine Einnahmequelle sich zu verschaffen, in Wegfall kommen, da die übrigen Einnahmen für die Verwaltung des Landes ausreichen, Ueberschüsse aber, etwa zugunsten des Reiches,